

KURZ NOTIERT

von Sara Czinczoll

Die Autorin ist Mitglied der deutschen Osttimor Gesellschaft und Südostasienwissenschaftlerin in Bonn.

Arbeitslosigkeit auf 11 Prozent angestiegen.

Die nationale Arbeitslosenquote in Timor-Leste hat 11 Prozent erreicht. Die tatsächliche Arbeitslosenquote ist wahrscheinlich noch höher, da viele Menschen nur temporär beschäftigt sind. Unter den Arbeitslosen befindet sich vor allem eine hohe Anzahl von Hochschulabsolventen. Jacinto Barros Gusmao zufolge, dem Generaldirektor des *Secretariat of State for Vocational Training and Employment (SEPFPOPE)*,

würde die Arbeitslosenquote jedes Jahr weiter ansteigen, da es über Heineken und die Zementindustrie hinaus in Osttimor an Beschäftigungsmöglichkeiten im industriellen Sektor fehle. Viele Firmen seien wirtschaftlich nicht in der Lage, weitere Arbeitskräfte einzustellen. Aus diesem Grunde würde die Regierung Gespräche z. B. mit Unternehmern in Malaysia, China, Macau, Japan und Neuseeland führen mit dem

Ziel, Arbeiter aus Osttimor dort zu beschäftigen.

Die hohe Arbeitslosenquote sei zunehmend auch ein soziales Problem. Deshalb sei es dringend erforderlich, dass die verantwortlichen Stellen etwas unternehmen, um die Arbeitslosenquote zu senken. Andernfalls würde das Land Gefahr laufen, instabil zu werden.

The Dili Weekly 8.7.2016

Maritime Grenze - Australien und Timor-Leste

Die indonesische Regierung unter Joko Widodo wurde von Aktivisten dazu aufgefordert, mit sofortiger Wirkung den Vertrag, der die maritime Grenzziehung zwischen Australien und Indonesien regelt, auszusetzen. Hintergrund der Grenzstreitigkeiten ist ein am 14. März 1997 von den damaligen indonesischen und australischen Außenministern unterzeichneter

Vertrag, der Australien innerhalb einer sogenannten »economic zone« die exklusiven Rechte einräumt, Öl und Gas zu fördern. Der Vertrag wurde von beiden Ländern nie ratifiziert. Ohnehin sind nach der Unabhängigkeit Osttimors von Indonesien in 2002 Verträge aus der Zeit der völkerrechtswidrigen indonesischen Besetzung ungültig geworden.

Bereits im März 2016 gab es in Dili Proteste für die Aussetzung dieser Verträge. Vor dem Internationalen Gerichtshof sind Verhandlungen über die Seegrenzen zwischen Australien und Timor-Leste noch im Gange. Siehe hierzu auch Südostasien 2/2106.

Jakarta Post 21.7.2016

Government Timor-Leste 15.7.2016

Regierung für Erhöhung des Staatshaushalts

Aufgrund der geplanten Erhöhung des Staatshaushalts für 2016 warnt die NGO *La'o Hamutuk* erneut, dass öffentliche Gelder verprasst würden. Die NGO fordert, eine stichhaltige Kosten-Nutzen-Analyse zu erstellen. Die Analyse solle als Entscheidungsgrundlage herangezogen werden.

Am 12. Juli 2016 diskutierte das Parlament einen Regierungsvorschlag, der vorsieht, den Staatshaushalt um 25 Prozent zu erhöhen, wofür mehr als das Dreifache des Betrages benötigt würde, den eine nachhaltige Nutzung des Petroleum Fond dafür vorsehen würde. Dieser seit 2005 bestehende Petroleum Fond ist ein unabhängiger Vermögensfond,

in den von der osttimoresischen Regierung die Einnahmen aus der Öl- und Gasförderung eingezahlt werden. Per Gesetz sollen diese nachhaltig für jetzige und künftige Generationen genutzt werden. Mit der geplanten Erhöhung würde der Staatshaushalt von 1562 Milliarden US-Dollar auf 1953 US-Dollar erhöht und wäre damit der höchste Staatshaushalt in der Geschichte des Landes.

Vor allem kritisiert *La'o Hamutuk* Investitionen in infrastrukturelle Megaprojekte, die ausschließlich von ausländischen Firmen gebaut werden. Soziale und ökologische Folgen sowie der ökonomische Nutzen dieser Projekte (z. B. South Coast High-

way, Dili Airport, Tibar Port etc.) sei äußerst fragwürdig. Die NGO gibt zu bedenken, dass, sollte diese Finanzpolitik weiterverfolgt werden, der Fonds innerhalb der nächsten zehn Jahre aufgebraucht wäre. Darüber hinaus wird kritisiert, dass Ausgaben für die physische Infrastruktur in den letzten Jahren stetig erhöht wurden, während Investitionen in Humankapital, Grundversorgung und »non-oil economy« völlig unzureichend wären. Investitionen im Gesundheitswesen, im Bildungssektor und in der Landwirtschaft seien in den letzten Jahren sogar gekürzt worden.

La'o Hamutuk 13.7.2016